



MATTHIAS LUEDECKE

RECYCLING

Heißer Stoff

Nun wollen auch die Kommunen mit Altkleidersammlungen Geld verdienen. Das befeuert den Wettbewerb um gebrauchte Klamotten.

Der Dieb gab sich keine Mühe, unentdeckt zu bleiben. Am helllichten Tag bog er Mitte Dezember mit seinem Lastwagen in die Kornstraße in Neustadt am Rübenberge ein. Mit einem Kran hievte der Unbekannte den Altkleider-Container vom Gehweg auf die Ladefläche, wie sich später ein Augenzeuge erinnerte. Dann fuhr der Laster mit der Beute davon: einer Stahlbox voller alter Lumpen, eine halbe Tonne schwer.

Seit Wochen muss sich die Polizei im Raum Hannover mit einer Serie seltsamer Delikte befassen, dem Klau von Altkleider-Containern. Allein in Langenhagen kamen kürzlich auf einen Schlag 15 Sammelbehälter abhanden. Bislang ließ sich kein Fall aufklären.

Im Umkreis der niedersächsischen Landeshauptstadt liefern sich Altkleidersammler einen Krieg um Sammelplätze und Boxen. Altkleider sind ein begehrter Stoff in Deutschland. Innerhalb von drei Jahren hat sich ihr Preis verdoppelt. Heimische Sortierwerke zahlten im vergangenen Herbst zeitweise bis zu 550 Euro pro Tonne Sammelware. Der Markt ist groß: Die spendenfreudigen Deutschen rangieren nach Schätzungen jährlich

750 000 Tonnen Kleidung und Schuhe aus. Wie lukrativ das Geschäft ist, hat gerade das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in einem Verfahren berechnet: Etwa 5000 Euro Gewinn bringt ein Container pro Jahr.

Die Gründe für die Preisexplosion sind vielfältig: Die Nachfrage nach Secondhandware ist vor allem in Afrika und Osteuropa stabil. Dorthin geht fast alles, was sich noch tragen lässt. Der unbrauchbare Rest, etwa die Hälfte der Sammelmenge, wird zu Putzlappen oder Dämmstoff verarbeitet, zurzeit ebenfalls begehrte Waren. Wegen der Finanzkrise trennen sich vor allem in den südeuropäischen Ländern die Menschen nur zögerlich von getragenen Klamotten – und kaufen selbst häufiger in Secondhandläden ein.

Die Kommunen haben den Altkleider-Hype zusätzlich befeuert. Städte wie Köln, Karlsruhe oder Hamburg sehen in dem Markt eine neue Einnahmequelle. Deshalb bauen sie kommunale Sammelsysteme auf – und verdrängen die gewerblichen Sammler.

Andere Kommunen erheben plötzlich hohe Stellgebühren für die Boxen. Eine hessische Gemeinde etwa erteilte gerade einer Sammlerfirma den Zuschlag für einen 1,44 Quadratmeter großen Stellplatz – zum Preis von mehr als hundert Euro im Monat. Zuweilen wird auch eine Art Sammlerzins eingetrieben: Die Firmen müssen einen Teil der Einnahmen abtreten, wenn sie ihre Stellplätze behalten wollen.

Umso aggressiver wird der Kampf um die Lumpen auf Deutschlands Straßen. Aufsteller klagen über aufgebrochene oder gleich verschwundene Container. Bürger sind genervt von Sammlern, die Wäschekörbe in ganzen Straßenzügen

verteilen, um Bürger zu Spenden zu animieren. Sogar große Container werden inzwischen illegal aufgestellt.

Im Juni 2012 hatte der Bund im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz klargestellt, dass der Abfall der Bürger grundsätzlich den Kommunen gehört. Erlaubt sind aber auch gewerbliche Sammlungen, wenn sie angekündigt und bestimmte Bedingungen eingehalten werden.

Das hatte unerwartete Folgen. In den Rathäusern stapeln sich seither Sammelankündigungen. „30 bis 40 Sammler pro Stadt sind keine Seltenheit. Das hatten viele so nicht erwartet“, sagt Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU). Die Kommunen hätten aufgemerkt: „Sie haben festgestellt, dass die Altkleidersammlung ein lukratives Feld sein kann.“ Auch der VKU ermuntert seine Mitglieder, in das Geschäft einzusteigen. Eine „Handlungshilfe“ bietet Tipps, wie sich private Konkurrenten aus dem Markt drängen lassen.

Gestritten wird auch in Gerichtssälen. Rund hundert Verfahren zwischen Kommunen und privaten Entsorgern sind noch nicht entschieden. „Die Materie ist kompliziert“, sagt der Berliner Rechtsanwalt Frank Wenzel, einer der Spezialisten für Abfallrecht, „mal entscheidet ein Gericht zugunsten der einen, mal eines zugunsten der anderen Seite.“

Auch für die Bürger ist die Lage unübersichtlich. Viele wollen mit ihren Klamotten noch ein gutes Werk tun. Doch welcher Sammler verdient Vertrauen? Manche imitieren auf ihren Containern die Logos gemeinnütziger Organisationen. Andere versehen sie mit ebenso falschen wie dreisten Aufklebern, zum Beispiel:

„Dieser Container ist genehmigt. Widerrechtlich dazugestellte Container werden sofort kostenpflichtig eingezogen!“

Einziehen würden die Kommunen illegal aufgestellte Container tatsächlich gern, doch das verhindert in Deutschland das Straßenrecht. Zunächst muss der Eigentümer offiziell aufgefordert werden, die Box selbst zu entfernen. Oft aber sind Aufsteller nur schwer oder gar nicht zu erreichen. Falls doch, wird der Container womöglich nur ein paar Meter verrückt – und die Prozedur beginnt von vorn.

Bremen lässt die illegalen Sammelboxen mit einer Plastikfolie einwickeln, damit niemand mehr etwas einwerfen kann. Die Stadt Wanzleben in Sachsen-Anhalt zog die Boxen ein und versteigerte sie mit Fundsachen wie alten Fahrrädern. Leipzig setzte per Gerichtsbeschluss durch, dass 760 Container aus der Stadt verschwinden müssen.

Gewerbliche Sammler stellen ihre Boxen mitunter sogar auf privaten Grund – ohne gefragt zu haben. Das funktioniert oft bei Parkplätzen von kleinen Bahnhöfen oder Supermarktketten, weil die Immobilien von weit entfernten Verwaltungen betreut werden. In Bayern bietet die kirchliche Hilfsorganisation „Aktion Hoffnung“ aus Augsburg, die selbst Kleider sammelt, einen besonderen Service. „Wer morgens in seiner Hofeinfahrt un-

erwartet einen Container findet, kann uns anrufen. Wir holen ihn kostenlos ab und lagern ihn ein“, verspricht Geschäftsführer Gregor Uhl. Rund 300 Container warten so in einer Halle auf ihre Besitzer – die sich aber in der Regel nicht melden.

In der Branche heißt es, dass die illegal aufgestellten Boxen zumeist von einem Firmengeflecht einer kasachischen Familie stammen. Angeblich haben zwei Brüder, deren Vater und ein Cousin rund 15 000 Container ohne Erlaubnis in deutschen Städten platziert. Schätzungsweise 100 000 Tonnen Altkleider sollen so vom deutschen Markt nach Litauen geleitet worden sein.

Als Zentrum der Geschäfte der Kasachen gilt die Firma Bicker aus Marburg. Gegen das Unternehmen gab es eine massive „Welle von Beschwerden“, heißt es aus dem Regierungspräsidium Gießen, das der Firma wegen Unzuverlässigkeit die Gewerbeerlaubnis entzog. Vor Gericht aber einigte sich die Behörde mit Bicker auf einen Vergleich. Die Firma darf unter Auflagen weiterarbeiten.

Jakob Nowakowski, Chef des klagefreudigen Unternehmens, will sich zu den Vorwürfen und zur Firmenstruktur nicht äußern. Ein Sprecher betont, das Unternehmen müsse sich gegen „falsche Bescheide“ und „aus der Luft gegriffene Vorwürfe“ verteidigen.

Gemeinnützige Hilfsorganisationen fürchten die neue Konkurrenz. „Die Kommunen zerschlagen unser bewährtes Sammelsystem“, sagt Andreas Voget, Chef von Fairwertung, einem Verband, der über hundert kirchliche und gemeinnützige Sammler vertritt.

In Köln etwa will der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb nun selbst die Altkleider einsammeln, die Verantwortlichen erhoffen sich Einnahmen von 370 000 Euro im Jahr. Bislang aber füllte auch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) seine Kleiderkammer mit Spenden. „Da fehlt uns künftig der Nachschub“, prophezeit DRK-Sprecher Ismail Bulut. Die Hilfsorganisationen sollen zwar künftig die Hälfte des städtischen Erlöses erhalten. Doch Bulut bleibt skeptisch: „Das kann für uns ein schlechtes Geschäft werden.“

Niemand weiß, wie lange der Hype um die alten Kleider anhält. Das Fachmagazin „Europäischer Wirtschaftsdienst“ warnte kurz vor Weihnachten: Ein Rückgang der Preise bei der Sammelware sei im Frühjahr „durchaus möglich“.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF



Video-Reportage: Kampf um die Container

spiegel.de/app32014altkleider
oder in der App DER SPIEGEL